**Niederschrift über die öffentliche Sitzung
des Umweltschutzausschusses
vom 22.10.2018**

Beginn: 18:30 Uhr

Ende: 21:04 Uhr

Anwesend sind:

Entschuldigt fehlen:

TOP 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit VorlNr.

Die Vorsitzende BG Dembowski eröffnet die Sitzung. Sie begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung und der dazu vorliegenden Anträge VorlNr.

Die Tagesordnung wird einstimmig festgestellt.

TOP 3 Satzungsänderung und Neuabgrenzung des geschützten Landschaftsbestandteils "Gehölz zwischen Wiesenstraße und Am Föhrenhof"; Beratung und Beschluss über die Stellungnahmen der öffentlichen Auslegung, der Beteiligung der Behörden sowie Naturschutzvereinigungen und Satzungsabschluss VorlNr.
0463/2016-2021

StOAR Bumann erläutert die Vorlage.

Landschaftswart Radtke erklärt, er werde hier nicht nur in seiner Funktion als Landschaftswart, sondern auch als Vertreter des BUND zu dem Thema antworten. Er bezweifele, dass der restliche Baumbestand langfristig zu schützen sei. Er befürchte weitere Fällungen, wenn die Bäume die Wohnungen verschatten und entsprechende Beschwerden bei der Stadt eingingen. Er weist darauf hin, dass die Verwaltung bei der Aufhebung des geschützten Landschaftsbestandteils vollendete Tatsachen geschaffen habe. Die Umweltverbände hätten seiner Meinung nach bereits im Vorwege und nicht im Nachhinein beteiligt werden müssen. Dies widerspreche dem Beteiligungsmitwirkungsrecht. Weiter bezweifele er die tatsächliche Anzahl der vorhandenen Gehölze. Seine eigene Überprüfung habe eine wesentlich geringere Anzahl an Bäumen und Gehölze ergeben.

NSB Quentin teilt mit, auch sie habe diese Aufstellung genau überprüft und sei auf insgesamt 47 Gehölze gekommen. Sie macht darauf aufmerksam, dass Sträucher, wie z.B Haselbüsche ebenfalls zu einer Waldgemeinschaft gehörten. Andere Büsche wie der Kirschlorbeer seien absichtlich entfernt worden, da sie in einem solchen Waldkomplex nichts zu suchen hätten. Sie weist darauf hin, dass die Stellplätze bewusst mit Rasengittersteinen angelegt und die Garagendächer begrünt werden. Sollten Gehölze abgängig werden, habe man die rechtliche Möglichkeit und die Kontrolle, um auch nach Beendigung der Baumaßnahme, auf entsprechende Nachpflanzungen zu bestehen.

StOAR Bumann macht darauf aufmerksam, dass die Satzung nicht zwingend geändert werden musste, da nach dem bestehenden B-Plan und der Satzung des geschützten Landschaftsbestandteils eine Bebauung zulässig gewesen wäre. Die Umweltverbände seien bereits bei der Änderung des Bebauungsplanes beteiligt worden. Hier handele es sich nur um eine minimale Veränderung der Bebauung. Die bestehende Satzung werde hier lediglich aktualisiert.

RH Jürgensen hält es für sehr unglücklich, dass dieser doch bewegende Tagesordnungspunkt als Tischvorlage abgehandelt werde. So sei nicht die Möglichkeit gewesen, sich entsprechend in den Fraktionen vorzubereiten. Er beantragt, den Hinweis des Landkreises zur größeren Darstellung der Bäume umzusetzen und eine passende Karte zu erstellen.

StOAR Bumann erklärt, der Landkreis habe vorgeschlagen die Durchmesser der Bäume genauer darzustellen. Er könne eine solche Karte gern beifügen, hält sie allerdings für nicht zielführend, da sie seiner Meinung nach lediglich eine Momentaufnahme der Vegetation darstelle, die sich jedoch stetig verändere.

Landschaftswart Radtke bemängelt ebenfalls die kurzfristige Tischvorlage. Auch er spricht sich für eine genaue Baumdarstellung aus.

StOAR Bumann teilt mit, dass die Begründung sowie die Änderung allen Beteiligten bereits im Mai vorgelegen habe. Auch eine entsprechende Auslegung habe stattgefunden. Da es im Grundsatz keine Änderungen gebe und alle Fakten durchaus bekannt waren, habe er sich aus zeitlichen Gründen für die heutige Tischvorlage entschieden.

Landschaftswart Radtke besteht darauf, dass die Umweltverbände, wie vom Landkreis gefordert, auch in diesem Fall im Vorwege hätten beteiligt werden müssen.

RF Kettenburg erklärt, die Gruppe der CDU und der Freien Wähler würden der Stadt vertrauen und stimmten daher dem Beschlussvorschlag so zu.

BGM Weber weist darauf hin, dass die Änderung der Satzung nur eine Anpassung im Rahmen des B-Planes sei. Die eigentliche Situation werde nicht verändert. Allerdings werde der Eindruck erweckt, es hätte hier etwas Unredliches stattgefunden, dem sei mitnichten so. Durch die Veränderung des Bauraumes sei kein Baum in Mitleidenschaft gezogen worden. Am Schutzstatus der Bäume werde nichts verändert. Es handele sich hier lediglich um eine Formalität.

RH Kohlmeyer fragt, ob die Änderung nur die Anlage der Stellplätze betreffe.

StOAR Bumann erläutert, dass nur im §4 der Satzung eine Änderung stattfände, damit die Stellplätze zukünftig gepflegt und instandgehalten werden können. Dies sei die einzige Veränderung. Der Naturschutz gebe der Stadt in diesem Punkt grundsätzlich Recht.

RH Kohlmeyer geht davon aus, dass bei dieser leichten Veränderung der Stadt zu vertrauen sei. Er stimme dem Beschlussvorschlag zu.

USB Rieß erklärt, die Verwaltung versuche, wenn irgend möglich Tischvorlagen zu vermeiden. Dieses Mal war aus terminlichen Gründen keine andere Lösung möglich. Weiter teilt sie mit, dass sie vor über 20 Jahren diese Satzung mit auf den Weg gebracht habe. Damals wurde überlegt, ob der Bereich überhaupt unter Schutz gestellt werden sollte. Es wurde sich darauf geeinigt, die Fläche zumindest bis zu einer etwaigen Bebauung zu schützen, denn es war schon damals klar, dass dieses Wäldchen bebaut werden darf. Eine Kartierung der Gehölze war damals schon schwierig. Bisher habe es keinerlei Schwierigkeiten mit Anwohnern bezüglich der Verschattung oder des Laubfalles gegeben.

Vors. Dembowski gibt den Vorsitz an RF Kettenburg ab.

Vors. Dembowski macht darauf aufmerksam, dass sie, auch wenn sie die Kritik der Umweltverbände verstehe, trotzdem darauf vertraue, dass allen Beteiligten genügend Informationen zur Verfügung standen, sodass ihre Fraktion diesem Beschluss zur Satzungsänderung zustimmen könne. Auch wenn man einen geschützten Teil an die Bebauung hergeben müsse.

RF Kettenburg gibt den Vorsitz zurück.

RH Lüttjohann empfindet es für wichtig, ein strenges Augenmerk darauf zu setzen, den jetzigen Baumbestand zu erhalten und zu schützen.

NSB Quentin ergänzt, in dem geschützten, abgegrenzten Bereich dürfe keine gärtnerische Nutzung stattfinden. Diese kleine Fläche habe eine große Chance auf eine waldähnliche Entwicklung von hoher Qualität.

Der Umweltausschuss empfiehlt einstimmig folgenden Beschlussvorschlag:

1. Der Rat der Stadt erhebt die Vorschläge des Bürgermeisters zu den eingegangenen Stellungnahmen der öffentlichen Auslegung und zur Beteiligung der Behörden sowie Naturschutzvereinigungen zum Beschluss.

2. Der Rat der Stadt beschließt, die Änderung und Neuabgrenzung des geschützten Landschaftsbestandteils „Gehölz zwischen Wiesenstraße und Am Föhrenhof“ gemäß § 28 Absatz 2 des Niedersächsischen Naturschutzgesetz (NNatG) als Satzung.

TOP 4 Vortrag zur "Mitgliedschaft im Verein Initiative CO2-Abgabe e.V." Ratsantrag Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 21.09.2018

VorNr.
0467/2016-2021

Vorsitzende Dembowski verteilt ein Infoblatt und erläutert die Vorlage. Sie erhofft sich mit dem Beitritt der Stadt Rotenburg (Wümme) zur „Klimainitiative CO2-Abgabe e.V.“ eine große Signalwirkung.

Bürgermeister Andreas Weber erklärt, er finde es grundsätzlich sehr positiv, dass es solch ein Verein gebe und unterstütze den Ratsantrag. Seiner Meinung nach habe es eine größere Wirkung, wenn die Stadt dem Verein nicht nur einfach beitrete, sondern den Verein nach Rotenburg (Wümme) einlade, damit sich dieser im Rahmen einer öffentlichen Veranstaltung vorstelle.

RH Lüttjohann unterstützt den Vorschlag des Bürgermeisters.

Landschaftswart Radtke gibt an, er könne sich vorstellen, dass auch die Stadtwerke dort Mitglied werden.

RH Klee begrüßt eine Informationsveranstaltung ebenfalls und unterstützt den Beschlussvorschlag der Verwaltung.

USB Rieß erklärt, die Vereinsbeiträge würde der Verein für Ermöglichung von Öffentlichkeitsarbeit einsetzen. Bei der Erarbeitung der Vorlage sei sie während der Durcharbeit des 60 seitigen Konzeptes allerdings an ihre Grenzen geraten, da die gesamte Thematik der Energieförderprogramme sehr komplex sei. Sie halte daher eine öffentliche Veranstaltung zur Vorstellung des Konzeptes durch den Verein selbst für ratsam.

RH Kohlmeier unterstützt auch den Vorschlag des BGM Weber. Er schlägt vor, Unternehmen aus Rotenburg zu dieser Veranstaltung miteinzuladen.

Vorsitzende Dembowski teilt mit, dass eventuell im April 2019 solch eine Veranstaltung stattfinden könnte. Bis dahin bittet sie die Mitglieder des Umweltausschusses sich mit dem Thema zu beschäftigen.

RF Kettenburg hält es für komisch, sich als Kommune einem politischen Verein anzuschließen, der Lobbyismus-Arbeit in Berlin mache. Obwohl sie selbst das Thema als absolut wichtig empfinde.

Landschaftswart Radtke vertritt die Meinung, auch Kommunen sind vom Klimawandel betroffen und sollten handeln.

BGM Weber hält die Bedenken von Frau Kettenburg für berechtigt, fragt jedoch wie man etwas auf anderen Wegen erreichen könne. Alle hätten ein Interesse an einer gesetzlichen Änderung.

Der Beschluss wird einstimmig gefasst.

Beschlussvorschlag:

Der Umweltschutzausschuss beschließt, als Vorbereitung zur o.g. Ratsentscheidung die „Initiative CO₂-Abgabe e.V.“ zu einem öffentlichen Vortrag zum Thema CO₂-Abgabe und zur Zielsetzung des Vereins einzuladen.

TOP 4.1 Mitgliedschaft im Verein "Initiative CO₂-Abgabe e. V.;" Ratsantrag von Bündnis 90/ Die Grünen vom 21.09.2018

VorlNr.
0462/2016-2021

Dieser Tagesordnungspunkt wurde vertagt.

Mitgliedschaft im Verein „Initiative CO₂-Abgabe e.V.;" Ratsantrag von Bündnis 90/Die Grünen vom 21.09.2018

TOP 5 Aufstellung eines Landschaftsplanes für das Stadtgebiet Rotenburg mit Ortschaften; Antrag Bündnis 90/Die Grünen vom 10.01.2018

VorlNr.
0300/2016-2021

Vors. Dembowski gibt den Vorsitz erneut an RF Kettenburg ab.

RF Dembowski erläutert die Vorlage. Sie befürwortet, den veralteten Landschaftsplan zu überarbeiten.

Bürgermeister Weber hält es grundsätzlich für wichtig, auf die Grünentwicklung zu gucken. Der bisherige Landschaftsplan wurde seiner Meinung nach jedoch wenig genutzt. Seiner Ansicht nach, sei ein Stadtentwicklungskonzept, in dem die Grünentwicklung mit aufgenommen wird, wesentlich sinnvoller, da so in der Zukunft nachhaltig Prioritäten gesetzt werden können.

Landschaftswart Radtke ist mit der Vorlage nicht einverstanden. Seiner Meinung nach lässt sich aus der Vorlage nicht erkennen, was ein Landschaftsplan bedeute. Er erläutert die Bedeutung und die Ziele eines Landschaftsplanes. Weiter gebe es kein umfassendes Instrument, welches den Landschaftsplan ersetzen könne. Zudem verstehe er nicht, warum die Verwaltung eine solche Grundlage für den Naturschutz ablehne. Andere Gemeinden würden dies bereits umsetzen.

RH Jürgensen kann sich eine schlankere Lösung gut vorstellen. Er möchte wissen, ob z.B. die Biotopvernetzung mit in ein Stadtentwicklungskonzept einfließen würde.

StOAR Bumann berichtet, bei einem Stadtentwicklungskonzept ginge es hauptsächlich um eine Nachverdichtung der Innenstadt, um die Randgebiete zu schützen. Ein weiterer Punkt sei eine sinnvolle Weiterentwicklung. Es gäbe eine große Nachfrage nach Baugebieten und es muss überlegt werden, in welche Richtung eine entsprechende sinnvolle Entwicklung, auch im Hinblick auf den Naturschutz stattfinden solle. In anderen Gemeinden werde der Landschaftsplan benötigt, um Ausgleichsflächen für zukünftige Bebauungen zu schaffen, dies sei aufgrund unseres vorhandenen Flächenpools nicht notwendig.

RH Klee stimmt den Ausführungen von StOAR Bumann zu.

Landschaftswart Radtke bezweifelt diese Auslegung. Ein Landschaftsplan könne nicht durch andere Planungsinstrumente ersetzt werden.

BGM Weber rät dazu, wie in der Vorlage vorgeschlagen, Prioritäten zu setzen, um in Rotenburg insbesondere in den Bereichen weiterzukommen, in denen man eine städtebauliche Wirkung erzielen kann.

Landschaftswart Radtke weist daraufhin, dass ein aktueller Landschaftsplan unerlässlich sei, um Naturschutz ernst zu nehmen.

RH Lüttjohann macht darauf aufmerksam, dass Rotenburg bereits jetzt gute Ressourcen im Bereich Naturschutz habe. Es wird bereits viel getan. Er schlägt vor, die vorhandenen planerischen Instrumente zu nutzen.

RF Dembowski fordert als Antragsteller, auch wenn zurzeit kein neuer Landschaftsplan in Frage käme, dem Naturschutz in einem Stadtentwicklungskonzept eine hohe Gewichtung zu geben. Sie könne diesem Beschlussvorschlag nur eingeschränkt zustimmen. Sie hoffe, dass ein neuer Plan in 2-3 Jahren erneut auf den Weg gebracht werde.

Landschaftswart Radtke macht den Änderungsvorschlag den 2. Punkt des Beschlussvorschlages zu streichen.

RF Dembowski lehnt eine solche Streichung ab.

RF Kettenburg gibt den Vorsitz zurück.

RF Kettenburg schlägt eine Änderung des vorliegenden Beschlussvorschlages vor und erhält hierfür breite Zustimmung.

Der Umweltschutzausschuss empfiehlt einstimmig folgenden geänderten **Beschluss**:

Der Rat beschließt, im Moment auf die Aufstellung eines Landschaftsplanes für das Stadtgebiet Rotenburg und seiner Ortschaften zu verzichten. Die relevanten Aussagen hinsichtlich des Naturschutzes und der Landschaftspflege sind bis dahin im Zuge eines integrierten Stadtentwicklungskonzeptes sowie mit Hilfe eines landschaftspflegerischen Fachbeitrages im Rahmen einer Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes zu erarbeiten.

TOP 6 Haushalt 2019 - Produkte 06-554 Naturschutz, 07-551 Öffentliches Grün/Naherholung sowie 07-561 Umweltschutz VorlNr.

Bürgermeister Weber erläutert die momentane Haushaltslage. Es gebe neue positive Parameter.

StOAR Bumann erläutert die Haushaltsansätze für den Bereich Budget 06.

RH Klee hält den Zuschuss für das Umweltbildungszentrum für zu hoch. Bereits im letzten Jahr wurde diesbezüglich vorgeschlagen, die beteiligten Kommunen im Umkreis finanziell mit einzubinden.

NSB Quentin wird sich darüber kurzfristig informieren.

RH Lüttjohann schlägt vor, im Sinne des Insektenschutzes die städtischen Flächen nur 1x jährlich zu mähen.

NSB Quentin erklärt, viele städtische Flächen befänden sich in Verpachtung und würden nur 1x jährlich spät gemäht. Lediglich die Wattenbergische Fläche werde wegen der dortigen Schachbrettblume 2x jährlich gemäht bzw. gemulcht.

RH Lüttjohann schlägt vor, auch die Feldwege und Seitenränder nur 1x jährlich zu mähen.

NSB Quentin teilt mit, eine einmalige Mahd würde durchaus reichen. Die Entscheidung falle allerdings in den Bereich der Straßenunterhaltung.

StOAR Lohmann wird den Vorschlag prüfen.

RH Lüttjohann fragt an, ob die Hecke im Neubaugebiet am Hempberg neu angepflanzt werde.

NSB Quentin erklärt, die Lücken seien gewollt und im B-Plan auch so dargestellt.

StOAR Lohmann erläutert, die Haushaltsansätze im Budget 07. Langfristig halte er weitere Kürzungen in dem Budget für nicht sinnvoll.

Der Umweltausschuss empfiehlt mehrheitlich den Teilhaushalt 07-551 (Öffentl. Grün/ Naherholung), 06-554 (Naturschutz) und 07-561 (Umweltschutz)

TOP 7 Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen der Ausschussmitglieder VorlNr.

TOP 7.1 Stadtradeln 2019 VorlNr.

USB Rieß teilt mit, Rotenburg habe mit 930 TeilnehmerInnen insgesamt 204.000 km eradelt. Insgesamt habe Rotenburg bundesweit den 22. Platz und innerhalb von Niedersachsen Platz 4. erreicht. Das nächste Stadtradeln findet in der Zeit vom 25.05 – 15.06.2019 statt.

TOP 7.2 Obstbaumaktion 2018

VorlNr.

USB Rieß teilt mit, die Obstbaumaktion fand in diesem Jahr zum 29. Mal statt. Seit 1989 wurden bisher 4.929 Obstbäume im Stadtgebiet gepflanzt. In diesem Jahr wurden 188 Gutscheine vergeben. Der Rücklauf lag bei 132 bestellten Gutscheinen.

TOP 7.3 Rutschgefahr in der Fußgängerzone

VorlNr.

RH Wagner teilt mit, dass es in der Fußgängerzone auf den roten Pflastersteinen sehr rutschig sei.

BGM Weber erklärt, dass sich Staubpartikel nach der langen Trockenphase bei Nieselregen zu einer Rutschschicht entwickeln. Leider ist hierfür keine Abhilfe möglich, da die Schicht nur durch eine größere Regenmenge zu neutralisieren sei.

Ende der Sitzung: 21:04 Uhr

gez. Vorsitzende/r

gez. Bürgermeister

gez. Protokollführer/in

Die Vorlagen sind Bestandteil der Niederschrift.